

# Staatsrat will nicht zwei Sorten Beamte

Die Freiburger Kantonsregierung empfiehlt, eine Motion abzulehnen, welche die Lehrer aus dem Grossen Rat verbannen will. Eine solche Lösung würde einen Teil der Staatsangestellten stigmatisieren, so der Staatsrat.

Urs Haenni

**FREIBURG** Mit seiner Motion hatte Grossrat Rudolf Vonlanthen (FDP, Giffers) im November für Wirbel gesorgt: Er verlangte mittels einer Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte, dass Lehrpersonen der öffentlichen Schule nicht mehr ins Kantonsparlament gewählt werden dürfen (die FN berichteten). Vonlanthen argumentierte dabei, dass Lehrpersonen sich ganz auf ihren anspruchsvollen Beruf konzentrieren sollten und dass die regelmässigen Absenzen aufgrund des Grossratsmandats für alle Beteiligten nicht ideal und einer guten Ausbildung nicht förderlich seien. Zudem habe sich gezeigt, dass «die meisten politisierenden Lehrpersonen» sich gegenüber dem Staat als Arbeitgeber nicht loyal verhielten.

Diese Ansicht teilt der Staatsrat nicht: In seiner Antwort auf die Motion empfiehlt er dem Parlament nun, den Vorstoss abzulehnen. Wie der Staatsrat schreibt, würde die von Vonlanthen vorgeschlagene Lösung in erster Linie bewirken, dass ein Teil der Staatsangestellten, nämlich die Lehrpersonen, stigmatisiert würden. Ihnen würde ein Sitz im Grossen Rat ohne schwerwiegenden, erwiesenen Grund verwehrt. Eine Massnahme, wie von Vonlanthen vorgeschlagen, wäre nicht nur eine «schwerwiegende und ungerechtfertigte Beschränkung der politischen Rechte», sondern auch ein «Rückschritt im Hinblick auf die Gleichbehandlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates», schreibt der Staatsrat.

## Vonlanthen änderte Meinung

In der Begründung seiner Ablehnung geht der Staatsrat auf die Debatten des Grossen Rats und des Verfassungsrats in den Jahren 2001 bis 2003 ein und greift deren Argumente auf. In den 15 Jahren, seit denen das heutige Gesetz in Kraft ist, sei kein politischer Vorstoss zum Thema mehr eingereicht worden, so dass der Staatsrat



Grossrat Rudolf Vonlanthen (FDP) hat mit seiner Motion beim Staatsrat kein Gehör gefunden.

Bild Aldo Ellena/a

daraus schliesst, dass das geltende System den Mitgliedern des Parlaments zusage. Während der Debatte 2001 habe sogar Vonlanthen selber sich gegen eine Lösung mit «zwei Sorten, zwei Kategorien von Staatsbeamten» gewehrt, zitiert der Staatsrat das damalige Sitzungsprotokoll.

## Zwei Aspekte geprüft

Der Staatsrat unterscheidet in seiner Antwort zwischen einer möglichen administrativen und einer politischen Unvereinbarkeit zwischen dem Lehramt und dem politischen Amt.

Bezüglich der administrativen Unvereinbarkeit sei es zu meist so, dass Lehrkräfte, die in den Grossen Rat gewählt werden, ihr Pensum reduzieren oder ihre Stelle mit anderen Lehrpersonen teilen. Sie würden sich in der Regel so organisieren, dass Stellvertretungen durch ein und dieselbe Person wahrgenommen werden. Somit sei auch die Unter-

richtsstabilität gewährleistet, schreibt der Staatsrat. Diese Organisation aufgrund von Absenzen durch parlamentarische Arbeit sei nicht problematischer als jene aufgrund eines Militärdienstes oder eines Mutterschaftsurlaubs.

Bezüglich der politischen Unvereinbarkeit verweist der Staatsrat darauf, dass eine solche bei der Validierung der Wahlen 2016 geprüft wurde und dass der Staatsrat dabei weder Interessenkonflikte noch fehlende Legitimität festgestellt habe. Es gebe auch keine anhaltenden Diskussionen zwischen den Lehrpersonen im Grossen Rat und der Erziehungsdirektion, hält der Staatsrat fest.

## «Grossrat oder Job wechseln»

Rudolf Vonlanthen zeigt sich von der Antwort auf seine Motion nicht überrascht: «Es ist ja klar, dass sich der Staatsrat vor seine Mitarbeiter stellt. Da machte ich mir gar keine gros-

sen Hoffnungen.» Dennoch kommt es für ihn nicht infrage, die Motion zurückzuziehen: «Ich will eine Diskussion zum Thema, und ich will, dass eine Mehrheit entscheidet.»

Vonlanthen geht mit dem Staatsrat sogar darin einig, dass das bestehende Gesetz seit 2001 gut funktioniert habe. «Tatsächlich respektieren die Angestellten ja eigentlich das Gesetz. Aber leider gibt es ein paar linke Lehrerinnen, die daraus ein Machtspiel machen.» Vonlanthen spricht den Fall der SP-Grossrätin Eliane Aebischer (Düdingen) an, der die Erziehungsdirektion als Schulleiterin nicht erlauben wollte, ins Parlament gewählt zu werden. Sie erhielt aber vom Kantonsgericht recht.

Für Vonlanthen besteht genau da die Ungleichbehandlung: «Wenn in der Privatwirtschaft der Chef Nein sagt, dann muss ein Angestellter auf das politische Mandat verzichten oder aber den Job wechseln.»

## Zahlen und Fakten

### 14 Grossräte im Bildungswesen

Wie aus der Antwort des Staatsrats auf die Motion Vonlanthen hervorgeht, sind derzeit 18 von 110 Grossratsmitgliedern beim Staat angestellt: 14 Personen unterstehen der Erziehungsdirektion und sind Lehrkräfte oder arbeiten im Bildungswesen, je eine Person arbeitet im Gleichstellungsbüro und am Freiburger Spital, ein Grossrat ist Polizist und eine Person arbeitet an einer Berufsfachschule. Obwohl die Staatsangestellten und insbesondere die Lehrkräfte zahlreich vertreten sind, kann nicht davon ausgegangen werden, dass es durch die Lösung von 2001 zu einer Unterwanderung durch Mitarbeiter des Staates gekommen ist, schreibt der Staatsrat. *uh*

## Drei Fragen an



Fritz Bircher  
Leiter des Instituts iPrint

**I Fritz Bircher, 2013 haben Sie mit dem Aufbau des transdisziplinären Instituts für Digitaldruck iPrint begonnen. Inzwischen beschäftigt es 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gestern feierte das Institut offiziell Eröffnung am Marly Innovation Center (MIC). Vorher war es in der Blue Factory in Freiburg angesiedelt, von wo es aus Platzgründen wegziehen musste. Was kann der Standort Marly bieten?**

Marly hat eine lange Tradition im Bereich der Tintenstrahldrucker. Illford stellte jahrelang auf dem heutigen MIC-Areal Inkjet-Tinten für grosse Firmen her. Die hier bereits vorhandene Infrastruktur stellt besonders für den Umgang mit Chemikalien einen Vorteil dar. Die Labors und Räumlichkeiten sind noch bestens im Schuss, zumal bis vor noch nicht allzu langer Zeit das Adolphe-Merkle-Institut hier untergebracht war. Schliesslich können wir uns am MIC auf 1200 Quadratmetern ausbreiten. Vorher standen uns bloss 300 Quadratmeter zur Verfügung.

**II Welche Vorteile versprechen Sie sich vom MIC für die Forschung?**

Am MIC sind wir sehr gut vernetzt. Es sind hier bereits mehrere Firmen angesiedelt, die Tinten entwickeln, wie etwa das Unternehmen 3D Systems, eines der zwei Grossen weltweit im 3-D-Druck. Da unser Institut angewandte Forschung betreibt, sind diese Firmen, welche industrie- und marktorientiert arbeiten, für uns interessant. Umgekehrt können sie unmittelbar von uns profitieren.

**III Könnte das auch eine Sogwirkung auf andere Firmen haben?**

Unser Ziel ist es, alle Firmen im Umfeld des Inkjet an iPrint anzubinden und ein internationales Kompetenzzentrum zu schaffen. Wir haben bereits Verträge mit zwei grossen Firmen, die schon heute mit uns zusammenarbeiten. iPrint deckt Themen ab, die sehr aktuell sind. Der Tintenstrahldruck hat seinen Ursprung in der grafischen Industrie. Im Zeitalter der Digitalisierung – Stichwort Industrie 4.0 – bieten wir voll digitale Produktionsverfahren an. Dazu gehören der 3-D-Druck, aber auch die Verfahren für die biomedizinische Produktion, mit welchen wir beispielsweise Implantate und menschliche Gewebestrukturen auf Zellen basierend drucken können. Wir sind für unsere Inkjet-Kompetenz auf der ganzen Welt bekannt. Jedes Jahr bilden wir über hundert Personen aus allen möglichen Ländern in Bezug auf die Anwendung unserer Technologien aus. *rsa/Bild zvz*

Express

## Zeugen gesucht nach Velounfall

**BULLE** Ein 39-jähriger Mann ist am Sonntagmorgen um 11.10 Uhr in Bulle mit seinem Velo gestürzt und hat sich dabei schwer verletzt. Wie die Kantonspolizei Freiburg gestern mitteilte, fuhr der Mann ausgangs eines Kreisels gegen ein Trottoir, als er auf dem Chemin des Crêts in Richtung des Zentrums von Bulle unterwegs war. Dabei kam er aus noch ungeklärten Gründen zu Fall. Schwer verletzt wurde der Mann per Ambulanz ins Spital gebracht. Die Polizei bittet jene zwei Velofahrer, die am Unfallort Erste Hilfe geleistet haben, sich mit der Polizei in Verbindung zu setzen. Auch alle anderen Personen, die etwas zum Unfallhergang sagen können, sind gebeten, mit der Polizei in Kontakt zu treten. Die Telefonnummer lautet 0263041717. *ak*

## Zwei Kandidaten gefunden - Gemeinderat Plasselb ist wieder komplett

Ingrid Rüffieux-Lötscher und René Bapst stellen sich für ein Gemeinderatsamt in Plasselb zur Verfügung. Damit sind die beiden Lücken im siebenköpfigen Gremium wieder gefüllt.

Imelda Ruffieux

**PLASSELB** So einfach ist es in Plasselb in den letzten Jahren nicht immer gegangen: Gestern Montag um 12 Uhr war klar, dass die beiden freien Sitze im Gemeinderat wieder besetzt sind (siehe FN vom 5. April). Fristgemäss sind zwei Listen mit zwei Kandidaten eingereicht worden. Ingrid Rüffieux-Lötscher und René Bapst stellen sich für das Amt zur Verfügung. Für Letzteren ist es ein Comeback im siebenköpfigen

Gremium: René Bapst war bereits von 1978 bis 2001 im Gemeinderat und hat dort ab 1983 während 17 Jahren als Ammann gewaltet. Bereits vor einem Jahr, als im Plasselber Gemeinderat vor den Wahlen Personalnotstand herrschte, hatte der 64-Jährige seine Bereitschaft signalisiert, allenfalls wieder ein politisches Amt zu übernehmen. Den zweiten Sitz im Plasselber Gemeinderat übernimmt Ingrid Rüffieux-Lötscher. Die 39-jährige Hochbauzeichnerin war bisher Mitglied der Bau-, Planungs- und Energiekommission.

«Ich bin sehr froh, dass wir diese zwei Kandidaten gefunden haben», sagt Jean-Daniel Feller, seit knapp einer Woche neuer Ammann der Gemeinde Plasselb. Er sei nicht nur glücklich, zwei engagierte Personen

im Gemeinderat zu haben, sondern mit René Bapst auch einen Amtskollegen zu bekommen, der sich in Gemeindeanlässen bereits sehr gut auskenne.

## Beim Wort genommen

Die Suche nach geeigneten Kandidaten ist dieses Mal weniger mühevoll verlaufen als bei früheren Vakanzen. Ingrid Rüffieux-Lötscher hat ihre Bereitschaft schon vor einigen Wochen bekannt gegeben. Bei René Bapst war es nicht der amtierende Gemeinderat, der auf die Suche gehen musste. Gegenüber den FN hatte Fusionsgegner Xaver Ruffieux letzte Woche erklärt, er sei bereit, sich bei der Kandidatensuche zu engagieren. «Ich habe ihn beim Wort genommen», so Jean-Daniel Feller. So habe Xa-

ver Ruffieux schliesslich René Bapst ermuntert, die Liste einzureichen.

## Keine Wahlen am 21. Mai

Die beiden Kandidaten durchlaufen nun das normale Verfahren: Sie müssen Wahlannahme erklären und werden vom Oberamt vereidigt. Dann können sie ihre Arbeit aufnehmen. Das sollte gemäss Jean-Daniel Feller in absehbarer Zeit passieren. Mit dieser stillen Wahl entfällt die für den 21. Mai angesetzte Wahlversammlung. Diese war notwendig geworden, weil sowohl Vize-Gemeindepräsidentin Vivien Ruffieux als auch Ammann Beat Brünisholz kürzlich ihre Demission bekannt gegeben hatten; sie wegen eines Wegzuges aus der Gemeinde, er aus gesundheitlichen Gründen.